



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Rede
der Bundesministerin für Bildung und Forschung,
Prof. Dr. Annette Schavan, MdB,

anlässlich
des 3. Handelsblatt-Jahreskongresses
„Wirtschaft und Schule – Partner für die Zukunft“

am 16. November 2009
in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Anrede

Der Beginn der neuen Legislaturperiode ist ein guter Zeitpunkt, um nachzudenken über das, was wir meinen, wenn wir von der Bildungsrepublik Deutschland sprechen, was in diesem Zusammenhang die Beziehung von Wirtschaft und Unternehmen bewirken kann und was die Veränderungen, etwa im Blick auf demografische Entwicklung und soziale Entwicklungsprozesse in unserer Gesellschaft sind.

I.

Ich möchte dazu drei Punkte nennen.

Erstens: Die Partnerschaft von Wirtschaft und Schule muss nicht neu erfunden werden. Kaum irgendwo auf der Welt gibt es so viel Erfahrung bei der Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft wie in Deutschland. Denn Lernortkooperationen sind das Herzstück der beruflichen Bildung. Berufliche Bildung ist das Flaggschiff unseres Bildungssystems. Zweidrittel aller Jugendlichen durchlaufen bis heute einen Weg in der beruflichen Bildung. Das ist eines der Erfolgsrezepte von 60 Jahren Bundesrepublik Deutschland. Im internationalen Kontext ist die duale Berufsausbildung der Teil unseres Bildungssystems, der die anderen am meisten interessiert. Das interessanteste Resümee aus den vergangenen 60 Jahren dürfte sein, dass die berufliche Bildung bislang unterschätzt wurde, was ihren Beitrag zu einer generellen curricularen Reform in Deutschland betrifft.

Der Kern von Bildungsreform auf dem Weg zur Bildungsrepublik Deutschland ist die curriculare Reform unseres Bildungssystems. Die Fragen der Organisationen und der Strukturen – die Lieblingsthemen der Deutschen – kann man so und so beantworten. Es ist nicht richtig, die stärksten Seiten des Bildungssystems gerade durch Strukturreformen wieder kaputt zu reden. Ein ganz wichtiger Schritt zur Verklarung bildungspolitischer Diskussion im Blick auf das, was wir erreichen wollen, ist die Frage der Inhalte. Wir müssen uns fragen: Was wird wie, wozu gelernt? Wenn wir diese Frage anlegen an die heutigen Curricula, werden wir feststellen, dass manches eben nicht im 21. Jahrhundert angekommen ist.

Die vornehmste Aufgabe der Bildungspolitik ist, Sorge dafür zu tragen, dass vom Lernort Schule auch eine Faszination ausgeht, die den Schülerinnen und Schülern deutlich macht, welche Wertigkeit Lernen hat. Das ist eines unserer größten Probleme. Das gelingt im Moment nicht. Das Wort Faszination höre ich ganz selten in diesem Zusammenhang. An seine Stelle ist eine allgemeine Stimmung von Verdruss und Frust getreten.

Die Erfolgsgeschichte, die von Wirtschaft und Schule im Kontext der beruflichen Bildung geschrieben wurde, muss stärker berücksichtigt werden, wenn wir über die Weiterentwicklung des allgemeinbildenden Schulwesens sprechen. Das betrifft die curricularen Reformen genauso wie die Frage der individuellen Förderung von Schülerinnen und Schülern, die drohen, ohne Schulabschluss zu bleiben, oder aber einen Schulabschluss machen, der am Ende nicht mit ausreichendem Kompetenzerwerb verbunden ist, um eine Ausbildung machen zu können.

Zweitens: Wir haben viele Erfahrungen mit Initiativen der Bundesarbeitsgemeinschaft Schule-Wirtschaft. Ich habe viele Begegnungen und viele Beratungen mit Initiativen vor Ort erlebt, die wesentlich dazu beigetragen haben, dass zu den verschiedenen Akteuren im Bildungssystem Brücken gebaut werden – eben auch Brücken zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Wer über Zukunftsimpulse nachdenkt, kann auf manches zurückgreifen, was in diesem Kontext entstanden ist.

Allerdings sind wir momentan in einer Situation, in der es ungewöhnlich viele einzelne Initiativen gibt. Die spannende Frage bei all den Initiativen ist, was von dem, was entwickelt und für gut befunden worden ist, tatsächlich zum Beispiel Teil der Lehrerbildung wird, Teil des schulischen Alltags, Teil der curricularen Entwicklung. Das Beste sollten wir so in das Bildungssystem integrieren, dass es nicht mehr nur einfach eine Initiative ist, sondern aus der Initiative heraus zu einem integralen Bestandteil im Bildungssystem wird. Dann ist erst erreicht, was viele mit ihrer Initiative vor Ort ja auch erreichen wollen. Nicht nur an dieser und jener Stelle etwas zu schaffen, sondern etwas zu schaffen, was tatsächlich auf dem Weg der Veränderung des Bildungssystems, der Veränderung auch von Institutionen eine Rolle spielt.

Drittens: Sie haben eben gesagt „Frau Schavan ist die Schirmherrin“. Den Schirm zu halten, unter dem sich dann alle versammeln, ist eine gute Rolle für eine Bildungsministerin. Unter diesem Schirm versammeln sich aber vor allem alle jene, die Probleme haben – ein vorzügliches Verhalten in Deutschland, die Probleme immer bei der Bundesregierung abzuladen, und sobald die Debatte ein abflaut, umgehend darauf hinzuweisen, dass eigentlich die Bundesregierung überhaupt nichts zu sagen hat, wenn es um Bildung und Hochschule geht. Die Vorstellung, da gibt es einen Schuttablageplatz, zu dem fahren wir mit dem Lastwagen und laden die ganzen Probleme ab, und im Übrigen darf auf den bildungspolitischen Baustellen der Bund nicht stehen und schon überhaupt nicht sagen, was möglicherweise die nächsten Schritte in Deutschland sind, das läuft in den nächsten vier Jahren nicht! Wer so agiert, fährt den Föderalismus an die Wand; der verwechselt Föderalismus und Subsidiarität mit Kleinstaaterei. Deshalb gehört zur Bildungsrepublik Deutschland auch, den Föderalismus wieder mit Leben zu erfüllen, Subsidiarität zu

praktizieren. Wirkliche Subsidiarität heißt immer auch, dass jeder Akteur seinen eigenen Beitrag zu dieser Bildungsrepublik Deutschland leisten muss.

Der Föderalismus muss seinen Aufgaben gerecht werden und er wird ihnen nur gerecht werden, wenn in der föderalen Ordnung klar ist, dass dies nicht nur ein nationales Thema ist, sondern wir die gleiche föderale Ordnung, mit den gleichen Problemen und den gleichen Themen im europäischen Bildungsraum haben. Deutschland ist Teil des europäischen Bildungsraums. Auch da gilt föderale Ordnung und auch da gilt ein selbstverständlicher Anspruch.

In Zeiten der Globalisierung gilt die Vergleichbarkeit von Bildungsgängen, von Schulabschlüssen, von Schulbüchern. Bologna-Reform und Kopenhagen-Prozess sind zwei Prozesse, die ein einziges Ziel haben. Sie wollen in der globalen Welt Mobilität ermöglichen, weil Mobilität längst zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist. Globalisierung ohne Mobilität ist undenkbar. Das, was wir gerade mit großer Mühe im europäischen Raum zustande bringen, muss auch in einer nationalen föderalen Ordnung deutlich werden.

Wir müssen Schluss machen mit den Debatten der Vergangenheit. Mit zehn Jahren Erfahrung als Kultusministerin kann ich sagen, dass föderale Ordnungen sehr ergiebige Ordnungen sind. Zentralismus führt nicht zu besseren Lösungen. Der Vergleich von zentralistischen und föderalen Ordnungen in Europa zeigt ganz deutlich, dass die Entscheidung für den einen oder anderen Aufbau der gesamtstaatlichen Ordnung noch überhaupt nicht verbunden ist mit einem Pro für die Lösung dieses oder jenes Problems. Die föderale Lösung ist freiheitlicher und moderner. Aber sie fährt an die Wand, wenn die damit verbundene Verantwortung der Vergleichbarkeit, der Schaffung von Voraussetzung und Mobilität und der internationalen Akzeptanz nicht übernommen wird.

Darum wird es gehen in den nächsten Wochen und Monaten – beim nächsten Bildungsgipfel und bei der Umsetzung der Vereinbarungen zum 10-Prozent-Ziel für Bildung und Forschung. Wir brauchen ein Verständnis von föderaler Ordnung, das den Grundsätzen der globalen Welt im 21. Jahrhundert gerecht wird, das die Chancen für Reform im Sinne von curricularer Reform nutzt und das durch das Bündnis aller Akteure – der Kommunen, der Wirtschaft, der Länder und des Bundes – tatsächlich einen Schub hin zur Bildungsrepublik Deutschland schafft.

II.

Was sind in diesem Zusammenhang nun die zentralen Themenfelder, bei denen auch Wirtschaft und Schule zusammenarbeiten können, die aber vor allen Dingen auf der

Reformagenda eine große Rolle spielen? Da ist erstens das klare Bekenntnis zum Föderalismus und das genauso klare Bekenntnis zur Modernisierung des Föderalismus. Die zwei Föderalismusreformen müssten eine dritte Reform zur Folge haben. Wenn die dritte Föderalismusreform ausfällt, wird es natürlich für jedes der 16 Länder auch im Blick auf die Finanzströme schwierig, die Verantwortung die sie übernommen haben, auch tatsächlich wahr zu nehmen.

Ausdruck dessen sind auch die Studentenproteste. Ein Teil der Proteste ist natürlich rückwärtsgewandt. Aber die Studentin, die sauer ist, weil sie Studiengebühren zahlt, gleichzeitig aber um einen Platz im Seminar kämpfen muss, in der Vorlesung auf der Treppe sitzt und kaum etwas mitbekommt, weil die Mikrofonanlage ausfällt, kann ich verstehen.

Wir haben immer gesagt, dass die Einführung von Studiengebühren mit Verbesserungen in der Lehre verbunden sein muss. Für die Weiterentwicklung und Verbesserung der Forschung ist viel getan worden. Von den 18 Milliarden Euro, die wir im Rahmen der Exzellenzinitiative investieren, wird viel der Forschung zugutekommen. Deutschland ist zunehmend ein attraktiver Forschungsstandort. Forschung und Lehre gehören zusammen. Deshalb muss auch in die Lehre investiert werden. Die Studierenden haben einen Anspruch darauf, dass sie vernünftige Lehre in den Hochschulen vorfinden. Ich nehme dieses Beispiel, weil es ganz aktuell ist und zeigt, dass die Länder nicht mehr damit durchkommen, dass sie auf der einen Seite sagen, wir können bestimmte Dinge nicht mehr finanzieren, dass sie aber gleichzeitig auch sagen, ein anderer dürfe sie ebenfalls nicht finanzieren. Das macht den Föderalismus kaputt.

Das Zweite. Manchmal reicht es nicht, viel Geld auszugeben, wenn nicht gleichzeitig klar ist, was mit diesem Geld geschieht. Was war eigentlich das Ziel? Was ist notwendig, um dieses Ziel zu erreichen? Da geht es eben nicht allein um Geld, sondern da geht es um die Frage: Gelingt es uns, dass an möglichst vielen Standorten gesagt wird: Wir wollen eine wirkliche Ganztageschule, an der ein anderer Umgang mit der Zeit möglich ist, an der Lehrer und Schüler auch länger an diesem Lernort sind, der dann auch Lebensort wird.

Hin zur Bildungsrepublik Deutschland muss der Weg der Bildungsreformen auch von einer Bereitschaft zu einer mentalen Veränderung in dieser Gesellschaft begleitet sein. Es geht darum, Schule neu zu denken, es geht darum, Schule den Raum und die Zeit zu geben, die notwendig ist, um zu wirklich überzeugenden Ergebnissen zu kommen. Künftige Vereinbarungen, künftige Investitionen von unterschiedlichen Partnern müssen ganz klar verbunden sein mit Zielbestimmungen, aus denen ersichtlich wird, was jetzt tatsächlich das Resultat sein soll. Es geht nicht um bloße Investitionen, sondern um das bildungspolitische Ziel, das damit verbunden ist.

Subsidiarität ernst zu nehmen, heißt auch: Schulen die Selbständigkeit zu geben, die Hochschulen in weiten Teilen schon haben. Subsidiarität im Bildungssystem heißt auch, Abschied zu nehmen von der Vorstellung, dass Schule vor allem verwaltet wird. Ich weiß sehr wohl, dass der Abbau von vielen Schulverwaltungen in vielen Ländern nicht zur Verbesserung des Schulsystems geführt hat, sondern nur dazu, dass niemand mehr da ist, der die Schulen vor Ort bei Schulentwicklungsprozessen im Fall der Fälle berät.

Der erste Satz bei der Entwicklung eines Bildungssystems im 21. Jahrhundert muss heißen: Jede Schule schreibt ihre Biografie. Das führt zu größerer Vielfalt. Die Vielfalt, wie wir sie aus anderen Ländern kennen, haben wir in Deutschland noch längst nicht erreicht. Weshalb es umso wichtiger ist, auch einen zweiten Satz ernst zu nehmen, der da heißt: Damit eine immer größer werdende Vielfalt auch positiv wahrgenommen werden kann, ist eben auch die Vergleichbarkeit der Bildungsgänge und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse wichtig. Das ist auch dann möglich, wenn zehn nicht das gleiche tun. Auch dann können zehn Bildungsgänge und zehn Abschlüsse vergleichbar sein.

Dritter Punkt. Der Schwerpunkt der Bildungsreformen der nächsten Jahre wird bei der frühkindlichen Bildung liegen. Sie ist unterschätzt! Bis Mitte der 90er Jahre war das in Deutschland ein ganz unbeliebtes Thema. Als ich 1997 in Baden-Württemberg den Schulanfang auf neuen Wegen eingeführt habe, reagierte man zunächst mit Empörung. Man solle doch Kinder spielen lassen und nicht mit Lernen belästigen. Zehn Jahre später kann Bildung nicht früh genug beginnen und nicht umfassend genug sein. Die Mentalität hat sich verändert – das ist gut so.

Der Bildungsauftrag der Kindergärten ist gestärkt. Die ersten achttausend Kindergärten in Deutschland wurden mit Hilfe einer Initiative von Unternehmen und Stiftungen und mit finanzieller Unterstützung der Bundesregierung zum „Haus der kleinen Forscher“ weiterentwickelt. Da wird nicht lange auf neue Richtlinien gewartet, die Weiterbildung der Erzieherinnen hat begonnen. Die Ausweitung auf Kindertagesstätten wurde beschlossen.

Unmittelbar damit verbunden ist nach meinem Verständnis die sehr viel engere Verbindung von Kindergarten und Grundschule. Ich bin eine Anhängerin des Bildungshauses für Drei- bis Zehnjährige. Manche meinen, ich wolle Kinder im Alter von drei Jahren einschulen. Das will ich nicht. Aber die erste Verluststufe, die wir in der Bildungsbiografie erleben, ist der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule. Das beginnt schon damit, dass aus Datenschutzgründen die Erkenntnisse, die Erzieherinnen angesammelt haben, nicht an die Grundschule weitergegeben werden dürfen. Für die Grundschule bedeutet das, noch einmal von vorne anzufangen und festzustellen, was für das Kind vielleicht besonders wichtig ist.

Wir haben bislang in institutionellen Kontexten gedacht und deshalb auch von den vier Säulen des Bildungssystems gesprochen. Die Säulen passen aber nicht mehr in das 21. Jahrhundert. Ein Bildungssystem muss sehr viel stärker gedacht werden von den Bildungsbiografien her. Und dann ist die Frage an die Institutionen, was die jeweilige Institution leisten kann für die gute Entwicklung und für die gute Entfaltung einer Bildungsbiografie.

Die demografische Entwicklung wird vor allen Dingen in den Flächenländern dazu führen, dass viel diskutiert wird über Schulstandorte. Die neuen Länder haben das nahezu hinter sich, die alten Länder sind jetzt mitten in den Debatten. Wer im ländlichen Raum im Osten, im Westen im Norden und Süden Deutschlands Bildungsstandorte erhalten will, muss sich jetzt Gedanken machen über die Verbindung von Kindergarten und Grundschule, sonst wird es bereits in fünf Jahren an ganz vielen Orten weder das Eine noch das Andere geben. Es gibt einen guten strukturpolitischen Grund, an der Schnittstelle von Kindergarten und Schule anzusetzen. Wir müssen hier eine Verbindung herstellen, die in der ersten Phase der Bildungsbiografie viele Vorzüge hat, sehr viel kindgemäßer ist und gleichzeitig Bildungsstandorte erhält.

Der zweite kritische Übergang ist der Übergang von der allgemeinbildenden Schule in die berufliche Schule. Ich habe in den vergangenen Wochen mehrfach gesagt, dass für mich das zentrale bildungspolitische Thema der nächsten Jahre die Überwindung von Bildungsarmut ist. Ich meine damit speziell die Gruppe der Jugendlichen, die jedenfalls nach den PISA-Studien im Alter von 15 Jahren nicht über Kompetenzstufe 1 hinauskommen. Man kann streiten, ob ihr Anteil bei 25 Prozent liegt oder bei 20 Prozent. Es sind auf jeden Fall zu viele! Es ist die Stärke der beruflichen Bildung, dass viele Jugendliche im Kontext der Ausbildung dann noch einmal eine zweite Chance bekommen, wahrnehmen und auch nutzen. Wir wollen mit Hilfe der Bundesagentur für Arbeit die frühere Berufsorientierung umsetzen, die Möglichkeit, in Form eines Praktikums drei Berufe kennenzulernen verbessern, damit Jugendliche so andere Lernorte kennenlernen und anders motiviert werden.

Damit unmittelbar verbunden ist die Verbesserung des Übergangssystems. Wir haben lange Zeit junge Leute, die keinen oder einen schlechten Schulabschluss erreicht haben, weiter auf die Schule geschickt. Wir wissen heute, dass das genau die Jugendlichen sind, die die Nase eh voll haben von Schule. Also ist wichtig, Ermutigungen zu geben – auch durch einen anderen Lernort als die Schule. Deshalb sollen sie ein Praktikum machen, deshalb brauchen wir neue Ansätze zur Berufsorientierung, deshalb starten wir das Programm Perspektive Berufsabschluss, mit dem gerade 27 Regionen gefördert werden.

Ich verspreche mir viel von einer Initiative, für die ich in der vergangenen Woche den Startschuss gegeben habe: „Lernen vor Ort“. Sie ist möglicherweise der Pilot für das, was ich eben zum Föderalismus gesagt habe. Bei „Lernen vor Ort“ gehen Städte und Gemeinden, Stiftungen und die Bildungseinrichtungen vor Ort mit Unterstützung des Landes und des Bundes Bildungspartnerschaften ein.

Bildungspartnerschaften sind ein zentrales Element des Koalitionsvertrags. Sie sind nicht automatisch an diese und jene Institution gebunden. Vielmehr trauen wir ihnen zu, dass sie vor Ort am besten klären können, welche Institutionen und Partner hineingenommen werden. Diese Partnerschaften werden über Bildung und Schule hinausgehen. Eine Rolle wird auch spielen, was familienpolitisch, jugendpolitisch, sozialpolitisch in einer Stadt oder einer Gemeinde passiert.

„Lernen vor Ort“ ist für mich der erste kommunale Kontext, in dem wir die zentralen kommunalen Maßnahmen hin zur Bildungsrepublik Deutschland auf den Weg bringen können. Wir sollten uns dabei konzentrieren auf den Übergang Kindergarten - Grundschule,. Dann müssen wir den Übergang von der Sekundarstufe I in die Ausbildung mehr in den Blick nehmen. Es wird auch um die Durchlässigkeit des Systems gehen, die sich vor allem an den Übergängen erweist, an denen die Frage beantwortet werden muss: Ist das, was dieser junge Mensch an Kompetenz erworben hat, auch ein guter Zugang zur nächsten Phase der Bildungsbiografie? Daneben werden die Instrumente der Bildungs- und Studienfinanzierung weiterentwickelt werden. Ich nenne hier das nationale Stipendiensystem, das bis zu zehn Prozent der Studierenden erreichen soll. Auch das ist eine neue Verbindung von Wirtschaft, Privaten und Öffentlichen. Dieses Stipendiensystem wird nicht auf Kosten des BAföG gehen. Das BAföG wird weiterentwickelt und modernisiert. In das BAföG wird mehr Geld investiert, weil es die soziale Grundsicherung ist für die Studierenden. Ein Drittel aller Studierenden bekommt mittlerweile BAföG. Das ist wichtig als ermutigender Impuls ein Studium aufzunehmen.

In allen Phasen des Bildungssystems spielt heute die Kooperation von Wirtschaft und Bildung eine wichtige Rolle. Diese Partnerschaft muss weiterentwickelt werden und wird einen entscheidenden Beitrag leisten auf dem Weg zur Bildungsrepublik Deutschland. Am Ende dieses Jahrzehnts leben in Deutschland 3,1 Millionen unter 25-Jährige weniger als heute. Das ist ein Rückgang um 15 Prozent bei einem allgemeinen Rückgang der Bevölkerung um zwei Prozent. Das heißt, unsere Gesellschaft wird bereits in zehn Jahren eine sehr andere sein als heute. Auch deshalb ist es so bedeutsam, jetzt nicht unentwegt nur zu reden über Steuersenkung. Faire Steuern sind wichtig. Sie dürfen aber nicht zum allein beherrschenden Thema werden. Vielmehr muss es um die Wachstumsquellen gehen. Die Frage, welche Wachstumsquellen es geben wird, und die Frage, welche Wachstumskräfte

geweckt werden können, haben zutiefst damit zu tun, welche Bildung diese Gesellschaft hat. Ob sie eine gebildete oder eine ungebildete Gesellschaft ist, eine Gesellschaft gut ausgebildeter oder schlecht ausgebildeter junger Leute, eine Gesellschaft, die attraktiv ist für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler oder nicht, ein Land, das sich als Talentschmiede versteht und attraktiv ist für Talente aus aller Welt oder nicht. Das sind die Alternativen, die ganz entscheidend sein werden für die Frage der Wachstumskräfte.

Deshalb steht Bildungspolitik immer mehr im Zentrum der Gesellschaftspolitik. Aber jetzt ist vielleicht doch der richtige Zeitpunkt gekommen, da immer mehr, die öffentliche Verantwortung tragen, verstehen, was Henry Ford gesagt hat mit dem Satz: Die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes beginnt nicht in der Fabrikhalle und nicht im Forschungslabor, sie beginnt im Klassenzimmer!

Vielen Dank.